

Potenziale und Risiken im Wachstumschancengesetz

Nicht auf dem Rücken der Kommunen

Nach dem Veto von Familienministerin Lisa Paus Mitte August hat das sogenannte Wachstumschancengesetz medial hohe Wellen geschlagen. Das Maßnahmenpaket soll mit einer Reihe von steuerlichen und bürokratischen Entlastungen die Wirtschaft ankurbeln. Dabei dürfen aber die kommunale Haushalte nicht unter die Räder geraten.

> Karo Otte und Stefan Schmidt

Unter anderem sollen klimafreundliche Investitionen und Forschung durch das Wirtschaftschancengesetz steuerlich begünstigt und höhere Abschreibungen möglich werden. Insgesamt sind diese Maßnahmen sinnvoll. Denn neben der nötigen Steuerung durch einen CO₂-Preis brauchen Unternehmen positive Anreize, um den Weg zur ökologischen Transformation einzuschlagen – gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten. Das Gesetz bietet Impulse, die in die richtige Richtung gehen.

Investitionen nicht gegeneinander ausspielen

Es darf jedoch nicht sein, dass öffentliche, soziale und private Investitionen gegeneinander ausgespielt werden. So wird die Wirtschaft durch das Wachstumschancengesetz mit knapp sechs Milliarden Euro entlastet. Für dringende soziale Maßnahmen, wie die Kindergrundsicherung, blieben laut Finanzministerium hingegen nur noch wenige Mittel übrig. Hinzu kommen laut aktuellem Gesetzesentwurf etwa 1,5 Milliarden Euro an Mindereinnahmen für die Kommunen – pro Jahr. Insbesondere die steuerliche Abschreibung von sogenannten beweglichen Wirtschaftsgütern, wie zum Beispiel Maschinen und Dienstautos, bedeutet tiefe Einschnitte für die kommunalen Kassen. Die kommunalen Finanzen müssen Bestandteil der noch laufenden Diskussionen sein, dafür setzen wir uns ein. Einbrechende Einnahmen vor Ort führen viel zu oft direkt dort zu Kürzungen, wo Menschen mit geringen Einkommen, Kinder, Jugend-



Foto: Eun Kwang Bae / Unsplash

liche und Rentner*innen besonders auf staatliche Strukturen angewiesen sind.

Grüne Ziele

Als Grüne wollen wir den Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur angehen. Erst kürzlich forderten wir eine Investitionsspritze von 30 Milliarden Euro in die wirtschaftliche Transformation, bezahlbares Wohnen und kommunale Infrastruktur. Diese Vorhaben müssen Hand in Hand gehen. In diesem Sinne werden wir uns im Haushalt weiter für kommunale Daseinsvorsorge einsetzen. Ganz konkret streiten wir für möglichst viele kommunale Mittel etwa zur Unterstützung bei der Wärmewende, bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten und bei der Sanierung von Sport- und Begegnungsstätten.

Unser Ziel sind robuste Kommunalfinanzen, die gleichwertige Lebensver-

hältnisse schaffen und genug Spielräume für Zukunftsinvestitionen bieten. Dafür führen wir unermüdlich Debatten über die Notwendigkeit der Schuldenbremse und zusätzlichen Steuereinnahmen, zum Beispiel über die Vermögenssteuer. Aber auch über die gerechte Verteilung der Lasten zwischen den verschiedenen Politikebenen.

> Karoline Otte MdB ist zuständig für Kommunalpolitik in der Grünen Bundestagsfraktion. Sie ist unter anderem Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Bundestags sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss.

> Stefan Schmidt MdB ist Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags. Er ist zuständig für kommunale Steuern und außerdem Sprecher für Tourismuspolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.